

Stadt setzt Antisemitismus-Beauftragten ein

Die neue Stelle soll jüdisches Leben in Darmstadt fördern und judenfeindliche Auswüchse eindämmen

Von Thomas Wolff

DARMSTADT. Die Stadt wird im nächsten Jahr eine neue Verwaltungsstelle schaffen, die der Förderung jüdischen Lebens und der Bekämpfung von Judenfeindlichkeit in der Stadtgesellschaft verpflichtet ist. Mit der Einrichtung eines Antisemitismus-Beauftragten reagiert die Darmstädter Politik auch auf die Straftaten, die im Stadtgebiet nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober in Israel begangen wurden. Oberbürgermeister Hanno Benz (SPD) kündigte die neue Stelle am Dienstag in einer Erklärung vor dem Parlament an.

„Jüdisches Leben ist in unserer Stadt nicht nur willkommen, sondern zuhause“, sagte der OB. Er nahm dabei Bezug auf die antisemitischen Aufkleber und Schmierereien am Luisenplatz und den mehrfachen Diebstahl der Israel-Flagge, die die Stadt als Zeichen der Solidarität nach dem 7. Oktober gehisst hatte: „Darmstadt ist keine Insel der Glückseligen.“

Benz' Folgerung: „Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft keine Randerscheinung.“ Er nannte judenfeind-



Kundgebung gegen Antisemitismus und Israelhass auf dem Luisenplatz.

Archivfoto: Sascha Lotz

liche Äußerungen von rechter wie linker politischer Seite, aber ausdrücklich auch von muslimischer. „Wir müssen uns fragen“, so der OB, „was bewegt diese Migranten, sich in der Öffentlichkeit mit antisemitischen Äußerungen zu zeigen?“ Er konstatierte zudem ein „bildungspolitisches Versagen“. Seine Ansage: „Diesen Worten müssen nun auch Taten folgen.“

Ähnlich wie München und andere Städte wird Darmstadt

nun die Stelle eines Antisemitismus-Beauftragten schaffen. Auch auf Bundesebene gibt es diesen Posten. Er soll vorbeugende Maßnahmen entwickeln, aber auch Aufklärungs- und Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche leisten. Auch die „Förderung jüdischen Lebens in Darmstadt“ gehört zu seinen Aufgaben – „alles in enger Abstimmung mit der Jüdischen Gemeinde“, so der OB.

Zuvor hatte Benz eine Reso-

lution eingebracht, die von sechs Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung stammte. Unter dem Titel „Nie wieder ist jetzt!“ erklären die Mitglieder der Grünen, CDU, Volt, SPD, Uffbasse und FDP darin ihre Solidarität mit Israel und ihr Eintreten für „Schutz und Sicherheit für Jüdinnen und Juden in Darmstadt“.

Darin verurteilen die Fraktionen den „entsetzlichen Überfall der Hamas auf Frauen, Kinder und Männer in Israel“

als „beispiellosen Akt des Terrors“. OB Benz fügte hinzu: „Wir denken auch an die vielen zivilen Opfer im Gaza-Streifen.“ Für diese trage allein die Hamas die Verantwortung.

Die Erklärung soll auch Folgen im städtischen Alltag haben. So sollen Schulen, Sportvereine und alle kommunalen Einrichtungen nicht mehr mit „Organisationen zusammenarbeiten, die offen oder verdeckt Antisemitismus propagieren oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen“.

Auch die Verschwisterung mit der israelischen Stadt Naharija soll im nächsten Jahr „auch offiziell zum Abschluss gebracht werden“, so der Text der Resolution. Beziehungen zu der Stadt an der Grenze zu Libanon werden von Darmstadt aus schon auf unterschiedlichen Ebenen gepflegt.

Allein die Linke-Fraktion stimmte nicht zu, sondern enthielt sich. Uli Franke erklärte, man verurteile die Massaker der Hamas. „Das ist für uns jedoch kein Grund, uns solidarisch an die Seite Israels zu stellen“. Er sprach von einem „massiven und völkerrechtswidrigen Krieg“ durch Israel als Folge des Terrors.